



HESSISCHER LANDTAG

02.12.2016

HHA

Änderungsantrag
der Fraktionen der CDU und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die
Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 19/4093 zu Drucksache 19/3674

Inhalt des Antrags: **Erhöhung der Verrechnungen (ZBLV) an das
Regierungspräsidium Darmstadt**

Einzelplan 07 Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 07 01 Ministerium
Buchungskreis: 2600

Produktnummer lt. Leistungsplan alle

| | von | Veränderung um | auf |
|-----------------------------|----------|-------------------|----------|
| Beträge in 1.000 EUR | | | |
| Gesamtkosten | 89.509,3 | +28,0 | 89.537,3 |
| Eigene Erlöse | 4.432,3 | 0,0 | 4.432,3 |
| Produktabgeltung | 85.077,0 | +28,0 | 85.105,0 |

| Kameraler Haushalt: | | Beträge in EUR | | |
|----------------------------|------------------------|-----------------------|-----------|------------|
| Titel | Zweckbestimmung | von | um | auf |
| 989 | Sonstige Verrechnungen | 27.192.900 | +28.000 | 27.220.900 |

| Kameraler Haushaltsabschluss: | | Beträge in EUR | | |
|--------------------------------------|--|-----------------------|-----------|-------------|
| Hauptgruppe | | von | um | auf |
| HG 9 | | 32.415.700 | +28.000 | 32.443.700 |
| Kameraler Zuschuss/Überschuss | | -82.333.500 | -28.000 | -82.361.500 |

Der Wirtschaftsplan und der kameraler Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Im Bereich der technischen Aufsicht über Straßenbahnen (BOStrab) sowie für Planfeststellungen für Straßen- und S-Bahnen ist beim Regierungspräsidium Darmstadt, insbesondere für die Projekte Regionaltangente West und aktuell neu auch die City Bahn Wiesbaden, kurzfristig dringender Personalbedarf entstanden.

Zusätzlich nimmt das RP Darmstadt im Wege der Amtshilfe für Rheinland-Pfalz die technische Aufsicht im Straßenbahnwesen wahr. Hierzu wird derzeit eine Verwaltungsvereinbarung (Staatsvertrag) erarbeitet. Mit Rheinland-Pfalz wurde die Übernahme der Personalkosten für eine 50 %-Stelle der Besoldungsgruppe A13 vereinbart. Im Haushalt des Landes Hessen ist daher die Stelle nur mit der Hälfte der Kosten zu veranschlagen.

Die erforderliche Stelle wird durch Stellenumsetzung vom Regierungspräsidium Gießen (Kap. 03 15) bereitgestellt.

Die ZBLV an das Regierungspräsidium Darmstadt ist um den Betrag 28.000 € für 50% der Stellenkosten zu erhöhen.

Wiesbaden, 01.12.2016

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende

Michael Boddenberg

Mathias Wagner (Taunus)